

**Öffentliche Niederschrift
über die Sitzung des Ausschusses für Schule, Sport und Kultur am 13.08.2018
im IGS Friesland-Nord, Beethovenstraße 3, 26419 Schortens**

Beginn: 15:05 Uhr

Ende: 17:05 Uhr

Teilnehmer/innen:

Vorsitzende

Bödecker, Anne

Mitglieder

Bastrop, Heide
Bittner, Kathrin
Esser, Martina
Gburreck, Fred
Kaiser-Fuchs, Marianne
Nieraad, Peter
Ratzel, Gerhard
Schönbohm, Heiko
Sudholz, Melanie
Zerth, Britta

beratende Mitglieder (GM)

Wittke, Agnes

Hinzugewählte

Lutz-Willrodt, Brigitte
Marusic, Niksa
Stuhm, Jutta

Teilnahme bis einschl. TOP 4.2.2

Hinzugewählte/Ersatzmitglieder

Kickler, Jörn

Vertretung für Frau Heike Banaschewski

beratende Mitglieder

Langer, Kai

Teilnahme bis einschl. TOP 4.2.2

Angehörige der Verwaltung

Ambrosy, Sven
Ernst, Ronald
Karmires, Nicola
Masemann, Tobias
Renken, Birgit
Vogelbusch, Silke

Gäste

Ernstorfer, Wolfgang
Harms, Reinhold
Janßen, Andrea
Sander, Antje, Prof. Dr.
Thiele, Ralf, Oberstudiendirektor BBS Varel

Schulsozialarbeiterin

hinzugeladen zu TOP 4.2.4

TOP 1 Eröffnung der Sitzung und Feststellung der ordnungsgemäßen Einladung und Beschlussfähigkeit sowie Genehmigung der Tagesordnung

Frau Bödecker eröffnet die Sitzung um 15.05 Uhr. Sie stellt die ordnungsgemäße Ladung und die Beschlussfähigkeit fest.

Anschließend begrüßt Herr Ernstorfer als Schulleiter der IGS Friesland-Nord die Anwesenden und stellt die Schule kurz vor. Im Anschluss an die Sitzung findet für Interessierte noch ein Rundgang durch die Schule statt.

Weiterhin gratuliert Frau Bödecker Herrn Ambrosy zum 15. Jahrestag seiner Wahl zum Landrat und bedankt sich bei ihm für seine erfolgreiche Arbeit. Herr Ambrosy bedankt sich für die Glückwünsche.

TOP 2 Genehmigung der Niederschrift über die Sitzung vom 14.05.2018

Der öffentliche Teil der Niederschrift über die letzte Sitzung des Ausschusses für Schule, Sport und Kultur vom 14.05.2018 wird einstimmig genehmigt.

TOP 3 Einwohnerfragestunde

./.

TOP 4 Berichte und Vorlagen der öffentlichen Sitzung

TOP 4.1 Berichte und Vorlagen für den Kreistag:

./.

TOP 4.2 Berichte und Vorlagen für den Kreisausschuss:

TOP 4.2.1 Aufarbeitung der Landkreisgeschichte sowie Sachstand und Informationen zu Projekten und dem Kulturverbund Friesland Vorlage: 0468/2018

Frau Prof. Dr. Antje Sander erinnert an den gemeinsamen Ausschuss mit der Stadt Jever und der Gemeinde Sande im Februar 2015, bei dem damals das Projekt „Erinnerungsorte in Friesland“ auf den Weg gebracht worden ist.

Mit der Unterstützung von LEADER ist hier inzwischen viel umgesetzt und einzelne Orte als Erinnerungsorte eingerichtet worden. Hierzu verteilt sie mehrere Flyer von den einzelnen Erinnerungsorten. In nächster Zeit sollen weitere Erinnerungsorte eingerichtet werden.

Auch konnte das Angebot der Synagoge Neustadtgödens erweitert werden. Dies ist u.a. der Unterstützung aus der Politik zu verdanken, so dass sie sich hierfür nochmals ausdrücklich bedanken möchte.

Weiterhin konnte die NS-Zeit in Friesland dadurch weiter erforscht werden, was sicherlich auch für den ganzen Landkreis Friesland von hoher Bedeutung ist.

Sie berichtet zudem über die Teilhabe am Netzwerk „Revolution im Nordwesten“, die durch die Ausstellung „Gezeitenwechsel“ begleitet wird.

In diesem Zusammenhang weist sie darauf hin, dass 1919 das Frauenwahlrecht eingeführt worden ist.

Für die Schulen werden Boxen mit Materialien zur Verfügung gestellt.

Ein weiterer wichtiger Punkt war die Gründung des Kulturverbundes vor ca. 10 Jahren. Hier-von haben insbesondere viele kleine Häuser profitiert, denen dadurch neue Perspektiven eröffnet wurden.

Dieser Kulturverbund gilt inzwischen für viele als Vorbild, so ist sie zum Beispiel auch nach Bayern eingeladen worden, um über den Kulturverbund zu referieren.

Als nächster Schritt soll ein gemeinsames Magazin aufgebaut werden, an dem sich u.a. auch dank der guten Vernetzung das Marinemuseum Wilhelmshaven beteiligt.

Insgesamt ist in den letzten Jahren sehr viel aufgebaut und auf den Weg gebracht worden.

Frau Bödecker bedankt sich bei Frau Prof. Dr. Sander für die Ausführungen und fragt, ob sie auch Seminararbeiten für Schulen betreut.

Frau Prof. Dr. Sander bejaht dies und berichtet von einigen Seminararbeiten, die sie bereits betreut hat.

Herr Ambrosy erläutert nochmals, dass der Kulturverbund ein kostenloses Angebot an die Städte und Gemeinden ist. Damit soll nicht in die Arbeit der Städte und Gemeinden eingegriffen werden, sondern durch die Expertise von Frau Prof. Dr. Sander zum Beispiel Unterstützung gewährt werden, wenn es um Anträge an Stiftungen oder Förderrichtlinien des Landes oder der EU geht, die immer komplizierter werden, so dass eine Professionalisierung nötig ist, zumal die Ehrenamtlichen dadurch entlastet werden.

Die Selbstbestimmung verbleibt natürlich bei den Städten und Gemeinden.

Durch die Arbeit des Kulturverbundes sind weitere außerschulische Lernorte entstanden, die den Schulen zur Verfügung stehen.

Ein wichtiger Aspekt wird noch sein, die jüngere Geschichte, vor allem die Jahre von 1945 bis in die 60er, aufzuarbeiten.

Die Ausführungen werden zur Kenntnis genommen.

TOP Bericht der Schulsozialarbeit

4.2.2 Vorlage: 0469/2018

Frau Renken berichtet, dass die Schulsozialarbeit bereits im Jugendhilfeausschuss vorgestellt worden ist.

Bei der Schulsozialarbeit ist inzwischen das Land Niedersachsen federführend. Der Landkreis Friesland hatte hierzu bereits ein Rahmenkonzept entwickelt und geschrieben, welches an das Land Niedersachsen weitergeleitet worden ist und fast eins zu eins in den neuen Erlass „Soziale Arbeit in schulischer Verantwortung“ aufgegangen ist. Der Erlass ist auf Wunsch von Frau Bödecker dieser Niederschrift als **Anlage 1** beigefügt.

Zudem gibt es beim Land Niedersachsen mit Herrn Kuhnert einen neuen Dezernenten für die Schulsozialarbeit, mit dem sich Frau Renken in Kürze austauschen wird.

Frau Janßen berichtet sodann über ihre jahrelangen Erfahrungen und Arbeit in der Schulsozialarbeit. Sie ist ab 2007 von der Barthel-Stiftung an einer Grundschule eingestellt und finanziert worden und seit 2016 an zwei Grundschulen in Varel im Dienst der Nds. Landes Schulbehörde.

Sie stellt die Grundsätze der sozialen Arbeit in schulischer Verantwortung sowie die Aufgabenbereiche und die Vernetzung der Schulsozialarbeit vor (siehe **Anlage 2**).

Hierzu ergeben sich aus dem Ausschuss Fragen, ob es einen steigenden Bedarf in jeder Schulform gibt, wie die Kontinuität gewährleistet werden kann, die Eltern abgeholt werden, wie die Schulsozialarbeit angenommen wird, welche Qualifikation notwendig ist und wann alle Schulen versorgt sind.

Frau Janßen antwortet, dass grundsätzlich jede Schule einen Schulsozialarbeiter gebrauchen kann. Der Schlüssel des Landes ist aber eine halbe Stelle je Grundschule, so dass sie nun zwei statt einer Grundschule hat.

An den Oberschulen wäre die Ausstattung teilweise besser. Insgesamt wäre es schön, wenn sich eine Teamarbeit entwickeln würde, um auch eine Kontinuität sicherzustellen. Die jetzige Stellenteilung ist definitiv nachteilig, da u.a. der tägliche Kontakt in der Schule gut und wichtig ist, der so nicht gegeben ist.

Um die Eltern abzuholen, muss man auf die Menschen zugehen, sie unterstützen, Hilfsangebote unterbreiten und das Gefühl einer hohen Akzeptanz geben. Dafür ist eine große Vertrauensarbeit notwendig und entscheidend.

Um zu beurteilen, wie die Schulsozialarbeit angenommen wird, ist es schwer dies quantitativ zu messen. Dies würde sich zum Beispiel darin zeigen, wenn Schüler Hilfsangebote annehmen, Eltern mehr Verlässlichkeit entwickeln, etc.

Die Qualifikationsvorgabe der Nds. Landesschulbehörde ist Diplom-Sozialpädagog*in mit staatlicher Anerkennung/ Bachelor.

Frau Bödecker bedankt sich für die Ausführungen.

Herr Ambrosy ergänzt, dass er erst einmal grundsätzlich dankbar ist, dass das Land Niedersachsen anerkannt hat, dass es sich um eine Landesaufgabe handelt.

Vorher wurden diesen Stellen im Südkreis durch die Barthel-Stiftung finanziert, der er an dieser Stelle nochmals danken möchte, bzw. durch das Hauptschulprofilierungsprogramm und die Aufstockung und Übernahme durch den Landkreis Friesland.

Nun gilt es die Präventionskette zu organisieren und gemeinsam mit der Nds. Landesschulbehörde daran zu arbeiten, dass es besser wird und möglichst zügig alle Grundschulen, aber auch die Gymnasien versorgt sind, damit die Schulen nicht nur Lern-, sondern auch Lebensort sind.

Die gewünschte Aufstellung, an welcher Schule Schulsozialarbeiter mit welchem Stundenumfang und von welchem Arbeitgeber sind, wird nachgereicht.

Die Ausführungen werden zur Kenntnis genommen.

TOP **Bericht der Bildungsregion von der Berufsberatung in den allgemeinbildenden Schulen**
4.2.3 **Vorlage: 0470/2018**

Herr Harms berichtet von der Berufsberatung in den allgemeinbildenden Schulen.

Diese spielt ebenso wie in den berufsbildenden Schulen eine wichtige Rolle. Die Zusammenarbeit ist schulgesetzlich geregelt.

Im noch gültigen Erlass zur Berufsorientierung heißt es dazu, dass Schule und Berufsberatung der Arbeitsagenturen im Prozess der Berufsorientierung mit dem Ziel kooperieren, allen Schülerinnen und Schülern der Sekundarstufe I und II einen erfolgreichen Übergang in eine (Erst-) Ausbildung oder in weiterführende Bildungsgänge zu ermöglichen. Ebenso schließt dieses die Information der Erziehungsberechtigten über die Ausbildungsberufe und die studienbezogenen Bildungsgänge ein.

Ein neuer Erlass zur Beruflichen Orientierung in allgemeinbildenden Schulen steht kurz vor der Veröffentlichung, in dem es auch eine Aufwertung der Berufs- und Studienorientierung im gymnasialen Bereich geben wird und auch erstmalig die Zusammenarbeit mit einer Jugendberufsagentur benannt wird.

Die Jugendberufsagentur ist die Kooperation aus Jugendamt, Jobcenter und Agentur für Arbeit, die eine noch bessere Einzelberatung der jungen Menschen unter 27 gewährleisten soll und die im Landkreis Friesland schon umgesetzt wird.

Für die weiterführenden Schulen im Landkreis Friesland sind Herr Lietsch, Leiter U25 im Bereich Wilhelmshaven/Friesland der Agentur für Arbeit, und die Koordinatoren in den Schulen zuständig.

Insgesamt sind 8 Berufsberaterinnen und Berufsberater den einzelnen Schulen zugeordnet, darunter 2 Berater für akademische Berufe und 1 Reha-Berater für Menschen mit Behinderung.

Die Berufsberaterinnen und Berufsberater stellen sich in der Vorvor-Abgangsklasse, also in Klasse 8 den Schülern im Klassenverband vor (an den Gymnasien ab Klasse 10). Auch findet eine gemeinsame Informationsfahrt zum Berufsinformationszentrum (BIZ) nach Wilhelmshaven statt.

Weitere Aktivitäten im Klassenverband mit den Berufsberaterinnen und Berufsberater sind auch in den Folgejahrgängen die Informationen über die unterschiedlichen Voraussetzungen der Ausbildungsgänge und der schulischen Weiterbildungsmöglichkeiten, sowie die grundsätzlichen Informationen zur Bewerbung.

Auch werden die Schülerinnen und Schüler über die Einsatzmöglichkeiten der von der Agentur herausgegebenen Materialien und die Nutzung der verschiedenen Informationssysteme vorbereitet (z.B. www.planet-beruf.de/schuelerinnen, www.portal.berufe-universum.de, www.berufe.tv und www.abi.de/index.htm).

Darüber hinaus sind die Berufsberaterinnen und Berufsberater mindestens einmal im Monat präsent in der Schule und bieten den Schülerinnen und Schülern individuelle Beratungsgespräche an. Schülerinnen und Schülern, die gegen Ende des Schuljahres keine Aus- oder Weiterbildungsstelle haben, werden gesondert beraten.

Dafür gibt es in den Schulen Berufsorientierungsbüros (seit Schuljahr 2013/14), die so ausgestattet sind, dass die Berufsberaterinnen und Berufsberater dort Einzelberatungsgespräche durchführen können und die Schüler sich über Printmedien der Arbeitsagentur und auch online informieren können.

Weitere Aktivitäten sind mit der jeweiligen Schule im Berufsorientierungskonzept inhaltlich und zeitlich abgestimmt. Dazu gehört auch die Anwesenheit der Beraterinnen und Berater bei den Elternsprechtagen und die Begleitung der von der Koordinierungsstelle Berufsorientierung (www.kobo-online.de) angebotenen Module zur vertieften Berufsorientierung, die von der jeweiligen Schulen gemäß ihres BO-Konzeptes angefordert werden können.

In den Schulen in Hohenkirchen, Jever, Varel, Zetel und der Friedrich-Schlosser-Schule Jever stehen für Jugendliche, die besondere Unterstützung bei der Berufswahl benötigen, Berufseinstiegsbegleiter (Bereb, www.vhs-frieslandwittmund.de/berufseinstiegsbegleitung-bereb-im-landkreis-friesland.html) bereit, die auch von der Agentur für Arbeit unterstützt werden.

Frau Stuhm fragt, ob es auch eine Berufsberatung für die 10. Klassen in den Gymnasien gibt.

Herr Harms erklärt, dass auch die Gymnasien die Möglichkeit haben dieses Angebot zu nutzen. Zudem gibt es im Rahmen der Berufsorientierungskonzepte Berufsfelderkundungen auch für die Gymnasien.

Frau Renken ergänzt, dass zudem die Jugendberufsagentur diese Lücke für Jugendliche bis 27 Jahre schließt.

Frau Sudholz merkt an, dass die Berufsberatung noch enger mit den Unternehmen zusammen arbeiten muss.

Herr Harms bestätigt, dass die Schulen sicherlich noch mehr mit den Betrieben arbeiten und kooperieren müssen.

Herr Ambrosy unterstreicht, dass es einmal die Nachfrageseite mit den Schülerinnen und Schülern gibt und auf der anderen Seite die Angebotsseite mit den Unternehmen, die noch besser miteinander vernetzt werden müssen.

Hier ist es von Vorteil, dass der Landkreis Friesland in seinem Jobcenter den Arbeitgeberstellenservice hat, der sich mit der sehr guten Wirtschaftsförderung noch weiter austauschen und vernetzen muss, aber auch die Unternehmen müssen sich noch mehr bewegen.

Frau Stuhm fragt, warum es bei den Verwaltungen unterschiedliche Anforderungen für den Beruf des/der Verwaltungsfachangestellten gibt.

Frau Vogelbusch erläutert, dass der Landkreis Friesland die Erfahrung gemacht hat, dass ein gewisser Schulabschluss vorausgesetzt sein muss, da ansonsten die Auszubildenden die Anforderungen in der Berufsschule bzw. NSI nicht erfüllen, womit keinem gedient ist.

Die Ausführungen werden zur Kenntnis genommen.

TOP **Erweiterung des schulischen Angebotes der BBS Varel;**
4.2.4 **hier: Einrichtung einer zweijährigen Fachschule Sozialpädagogik zum**
 Schuljahr 2019/2020
 Vorlage: 0471/2018

Es wird Bezug genommen auf den TOP 7.2 des Ausschusses für Schule, Sport und Kultur vom 14.05.2018.

Die BBS Varel haben einen Antrag auf Einrichtung einer zweijährigen Fachschule Sozialpädagogik (Erzieher) zum Schuljahr 2019/2020 gestellt.

Der Schulleiter der BBS Varel, Herr Thiele, hat bereits im letzten Ausschuss für Schule, Sport und Kultur den Antrag kurz vorgestellt und die Mitglieder des Ausschusses haben diesen Antrag wohlwollend zur Kenntnis genommen.

Das neue schulische Angebot würde den bereits vorhandenen Bildungsgang Sozialassistenten sinnvoll ergänzen und dem Fachkräftemangel entgegenwirken. Einzelheiten können dem Antrag der BBS Varel entnommen werden.

Gemäß § 106 Abs. 1 Nds. Schulgesetz (NSchG) sind die Schulträger verpflichtet, Schulen zu errichten, zu erweitern, einzuschränken, zusammenzulegen, zu teilen oder aufzuheben, wenn die Entwicklung der Schülerzahlen dies erfordert.

Bei der Einrichtung einer zweijährigen Fachschule Sozialpädagogik handelt es sich um eine Erweiterung der Schule um diesen Bildungsgang.

Die Schülerzahlen und die Nachfrage gerade im Berufsbild „Erzieher“ sind deutlich steigend, so dass der Bildungsgang inzwischen an sehr vielen berufsbildenden Schulen angeboten wird. Trotzdem können oftmals vorhandene Stellen nicht oder nur schwer besetzt werden, da auch hier bereits der Fachkräftemangel angekommen ist.

Daher ist die Einrichtung dieses Bildungsganges an den Berufsbildenden Schulen im Landkreis Friesland sinnvoll und steht auch nicht einem regional ausgeglichenen Bildungsangebot entgegen, zumal mit einer weiter steigenden Nachfrage zu rechnen ist.

Vor einer Entscheidung im Bereich des berufsbildenden Schulwesens muss der Schulträger dennoch nach § 106 Abs. 5 Satz 2 NSchG eine Abstimmung mit allen anderen Schulträgern vornehmen, die als Schulträger berufsbildender Schulen durch die beabsichtigte schulorganisatorische Maßnahme betroffen sind.

Dies ist mit Schreiben vom 28.05.2018 erfolgt. Die Landkreise Ammerland, Aurich, Cloppenburg, Leer, Oldenburg, Wittmund und Wesermarsch sowie die Städte Oldenburg und Wilhelmshaven sind zu einer Stellungnahme zu dem Antrag aufgefordert worden.

Die Landkreise Ammerland, Aurich, Cloppenburg, Leer, Oldenburg, Wittmund und Wesermarsch sowie die Stadt Oldenburg bieten diesen Bildungsgang zwar selbst an und haben daher keine Zusage zur Übernahme der kostendeckenden Beiträge (Gastschulgeld) gemacht, aber sie haben auch keine Bedenken gegen die Einrichtung dieses Bildungsganges an den BBS Varel vorgebracht.

Die Stadt Wilhelmshaven hat diesbezüglich Bedenken angebracht, da an den BBS Wilhelmshaven ebenfalls ein eigenes Angebot vorgehalten wird.

Diesbezüglich hat es ein Gespräch mit der Stadt Wilhelmshaven gegeben, in dem die Stadt Wilhelmshaven darauf hingewiesen hat, dass die Einrichtung des Bildungsganges an den BBS Varel ggfs. Auswirkungen auf die Schülerzahlen an den BBS Wilhelmshaven haben könnte.

Dennoch wird auch hier nicht gesehen, dass dies grundsätzlich einem regional ausgeglichenen Bildungsangebot entgegensteht.

Aus Sicht des Landkreises Friesland ist die Nachfrage so groß und steigend, dass der Landkreis Friesland mit der Einrichtung dieses Bildungsganges nur seiner Verpflichtung aufgrund der Entwicklung der Schülerzahlen nachkommt. Eine Gefährdung des Bildungsganges an den BBS Wilhelmshaven wird nicht gesehen. Durch dieses zusätzliche Angebot wird das regionale Angebot im Gegenteil gestärkt und dem Fachkräftemangel in der gesamten Region entgegengewirkt.

Herr Masemann geht kurz auf die Vorlage ein. Die Abstimmung mit den betroffenen Schulträgern hat stattgefunden, so dass aus Sicht der Verwaltung der Antrag bei der Nds. Landesschulbehörde gemäß der Beschlussvorlage erfolgen kann.

Beschluss:

Die Verwaltung wird beauftragt bei der Nds. Landesschulbehörde die Einrichtung einer zweijährigen Fachschule Sozialpädagogik an den BBS Varel zum Schuljahr 2019/2020 zu beantragen.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig

TOP 5 Berichte aus anderen Gremien

./.

TOP 6 Informationen aus dem Jugendparlament

./.

TOP 7 Mitteilungen der Verwaltung

Herr Ambrosy berichtet von der sehr erfolgreichen Jazzakademie, die an 6 Tagen mit 3 Konzerten und 35 Teilnehmern durchgeführt worden ist, so dass die Verwaltung aus der Veranstaltung gerne eine Tradition machen will. Hierzu wird die Verwaltung im Rahmen der Haushaltsberatungen einen Vorschlag unterbreiten. Frau Bödecker bedankt sich insbesondere bei Herrn Dr. Dehrendorf für die Organisation.

Frau Vogelbusch berichtet, dass die Pestalozzischule Varel, Förderschule Lernen, 14 angemeldete Kinder im 5. Jahrgang hat, davon ein Kind aus Wilhelmshaven.

gez. Anne Bödecker
Vorsitzende

gez. Sven Ambrosy
Landrat

gez. Tobias Masemann
Protokollführer